

**Antrag auf Gewährung öffentlicher
Finanzierungshilfen zur Förderung
kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- nicht-investive Vorhaben -**

Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und
Regionalmanagement
Rathausplatz 10 (RATRiUM)
26382 Wilhelmshaven

Nur von der Stadt Wilhelmshaven auszufüllen:

Eingang des Antrags am:

- Antragseingang vor Beginn des Vorhabens
- Mindestangaben (Ziff. 6.2 der Richtlinie) sind enthalten / Vorhaben darf ab dem im Antrag angegebenen Datum förderunschädlich auf eigenes Risiko begonnen werden
- Liste zu vervollständigender Unterlagen/Angaben ausgehändigt bzw. in Antragskopie farbig markiert

**KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven, Richtlinie 2015 – 2020
Antrag für nicht-investive Vorhaben nach Ziffer 2.2 der Richtlinie**

2.2

- Neuantrag**
- Änderungsantrag zum Aktenzeichen:** **KMU** _____ Antrag vom _____

I. Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller

A. Allgemeine Informationen zur Antragstellerin / zum Antragsteller

Name des Unternehmens		
Name, Vorname Geschäftsführerin / Geschäftsführer		
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail
<input type="checkbox"/>	Existenzgründung	
<input type="checkbox"/>	Selbstständigkeit von _____ bis _____ <i>(Bitte in der Beschreibung und Begründung erläutern.)</i>	

B. Ansprechpartnerin / Ansprechpartner, falls abweichend von Antragstellerin / Antragsteller

Name, Vorname		
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail
Falls ein/e Steuerberater/in, Wirtschaftsprüfer/in, Unternehmensberater/in etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht oder Datenschutzentbindung beifügen.		

F. Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

In welcher Branche ist das Unternehmen überwiegend tätig?

Welche Produkte oder welche Dienstleistungen bietet das Unternehmen an?

G. Vorsteuerabzug

Ist Ihr Unternehmen zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) berechtigt?

- ja ⇒ Bei den Angaben im Investitionsplan (II.G) und im Finanzierungsplan (II.K) dieses Antrages sind Nettobeträge anzusetzen.
- nein

H. Unternehmen in Schwierigkeiten

Da die KMU-Richtlinie auf der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU beruht, sind „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der AGVO von einer Förderung ausgeschlossen.

Ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gekennzeichneten Stammkapitals entspricht. (...) Der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.

ja nein

- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften ist, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.

ja nein

- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

ja nein

- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen, beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

ja nein

I. Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (im Fördergebiet)

(Auf Wunsch wird Ihnen eine Berechnungshilfe als Excel-Datei zur Verfügung gestellt!)

a) Zahl der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **bei Antragstellung und Vorhabenbeginn**

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)						

b) Durchschnitt der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **in den letzten 12 Monaten vor Antragstellung**

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)						
Platz für Erläuterungen:						

II. Angaben zum Investitionsvorhaben**A. Investitionsort**

_____ Straße, Hausnummer	_____ PLZ, Ort
_____ BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte	
Art der neuen Betriebsstätte:	
<input type="checkbox"/> Hauptniederlassung <input type="checkbox"/> Zweigniederlassung <input type="checkbox"/> unselbständige Zweigstelle <input type="checkbox"/> Reisegewerbe	

B. Art des Vorhabens**Nicht-investives Vorhaben nach Ziff. 2.2 der Richtlinie**

Es handelt sich um folgendes, nicht-investives, aber im weiteren Sinne investitionsvorbereitendes Vorhaben:

Internationalisierung

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Erstmalige Teilnahme an Messen oder Ausstellungen im Ausland | <input type="checkbox"/> Strategicoaching Ausland |
| <input type="checkbox"/> Erstellung von Werbematerial in anderen Landessprachen | |

Innovation / Markterschließung

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen zur Vorbereitung der Markteinführung eines neuen Produktes oder eines bestehenden Produktes auf einem neuen Markt | <input type="checkbox"/> Markteinführung innovativer Produkte und Verfahren sowie die Herstellung von Demonstrationsanlagen und -geräten |
| <input type="checkbox"/> Erstmalige Teilnahme an Messen oder Ausstellungen im Inland | <input type="checkbox"/> Erstmalige Erstellung oder grundlegende Überarbeitung eines Webauftritts |
| | <input type="checkbox"/> Durchführung von vorbereitenden Studien (z.B. Marketingkonzepte) |

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch externe BeraterInnen | <input type="checkbox"/> GründerInnenunterstützung in der Vorgründungsphase |
| <input type="checkbox"/> Erstmalige Aufstellung von Qualitätsmanagement-Ansätzen | |

Ressourcenschonung / CO₂-Minderung

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Erstmalige Aufstellung von Umweltmanagementsystemen | <input type="checkbox"/> Förderung von Maßnahmen zur CO ₂ -Reduzierung |
| <input type="checkbox"/> Konzepte für betriebliches Energiemanagement, regenerative Energien und erhebliche Energieeinsparungsinvestitionen | <input type="checkbox"/> Förderung von Beratungen und Maßnahmen zur Ressourcenschonung und Prozessoptimierung |

(Zuschüsse für mehrere Vorhaben sind getrennt voneinander zu beantragen! Die Vorhaben müssen in sich geschlossen und klar voneinander abgegrenzt sein.)

C. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos, in einer **gesonderten Anlage**, die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte. Hierbei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

Einen Vorschlag zum Inhalt und zur Gliederung finden Sie in dem Informationsblatt „Beschreibung der geplanten Investition / Maßnahme“.

Bitte beachten Sie auch die Bepunktungskriterien zur Bewertung der Förderanträge, welche Bestandteil der Förderrichtlinie des KMU-Programms sind. Insbesondere geht es um die Bereiche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltige, umweltbezogene Investitionen bzw. Maßnahmen, innovativer Charakter des Vorhabens und strukturpolitische Bedeutung des Vorhabens für die Stadt Wilhelmshaven.

Eine detaillierte Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist beigefügt.

oder

Ein Business-/Geschäftsplan ist beigefügt, aus dem diese Informationen hervorgehen.

oder

Kurzbeschreibung und -begründung des Vorhabens:

(Eine **detaillierte** Beschreibung und Begründung des Vorhabens **wird nachgereicht.**)

D. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn:

Vorhabenende:

Tag - Monat - Jahr

Tag - Monat - Jahr

Aufteilung der Investition auf mehrere Jahre (**maximaler Durchführungszeitraum 24 Monate**):

Jahr

Euro

Jahr

Euro

Jahr

Euro

Hinweis:

Ein schriftlicher Zuwendungsantrag mit den Mindestangaben nach Ziff. 6.2 (Seite 12) der Richtlinie muss zwingend **vor dem Beginn** des Vorhabens bei der Stadt Wilhelmshaven gestellt werden! Die formale Antragstellung auf diesem Antragsformular ist bei formloser fristwahrender Antragstellung zeitnah nachzuholen! Bei Erteilung des möglichen Zuwendungsbescheides darf das Vorhaben noch nicht beendet sein! Die Einplanungsrunde der Förderkommission findet in der Regel einmal monatlich statt.

E. Anzahl der zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende (im Fördergebiet)(Nur bei arbeitsplatzschaffenden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						

Gesamtsumme zusätzliche Arbeitsplätze (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Davon HochschulabsolventInnen

Gesamtsumme der Vollzeitarbeitsplatzäquivalente, die nach Ende des Vorhabens vorhanden und besetzt sein sollen.

F. Anzahl der gesicherten Dauerarbeitsplätze (bei Antragstellung im Fördergebiet vorhanden) nach Vorhabenende (Nur bei arbeitsplatzsichernden Vorhaben ausfüllen!)

	Vollzeit		Teilzeit (Personenzahl)		umgerechnet in Vollzeitarbeitsplätze	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Dauerarbeitsplätze						
Ausbildungsplätze						
Zwischensumme						
Summe:						

Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

K. Finanzierungsplan

Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen (II.G) entsprechen. Die Beträge sind auf volle 100 Euro zu runden.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	
beantragter Zuschuss (siehe H.)	
Beihilfefreie Fremdfinanzierung	
Bankkredite	
Leasing	
Mietkauf	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen:	
sonstige (bitte erläutern):	
Öffentliche Finanzierungshilfen (Subventionswertbescheinigung als Anlage beifügen!)	
KfW:	
NBank:	
Sonstige:	
Summe Fremdfinanzierung	
Gesamtfinanzierung	

- Die Finanzierung des Vorhabens ist gesichert.**
 Eine **Finanzierungsbestätigung** (Eine Formulierungshilfe für die Bank oder den Steuerberater finden Sie in dem Informationsblatt „Finanzierungsbestätigung“.)
 und **Darlehensverträge** oder sonstige geeignete Nachweise sind dem Antrag
- beigefügt.** **werden nachgereicht.**

Platz für Erläuterungen zur Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages und andere relevante Informationen: (z. B.: Kredit mit folgenden Möglichkeiten der vorzeitigen Ablösung/Teilablösung zwecks Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages, Kredit für laufende Ausgaben o. ä.)

III. Allgemeine Erklärungen

- Ich/wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben grundsätzlich der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstungen oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, zu werten ist. Der früheste dieser Zeitpunkte ist maßgebend.

Mir/uns ist bekannt, dass der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten, wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien, nicht als Beginn der Arbeiten gelten.

Mir/uns ist bekannt, dass bei der Übernahme einer Betriebsstätte der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte maßgebend ist.

- Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und den beizufügenden Anlagen anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, wonach Abweichungen von den vorstehenden Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitzuteilen sind.

- Mir/uns ist bekannt, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen. Eine Bewilligung muss solange unterbleiben, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde.

Ich/wir werde(n) jede zukünftige Abweichung der Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitteilen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen der Stadt Wilhelmshaven, anderer staatlicher Stellen oder der Europäischen Kommission.

- Mir/uns ist bekannt, dass die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, Abl. L. 187/1 (AGVO) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, Abl. L. 352/1 vom 24.12.2013 (De-minimis-VO) über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen Anwendung findet.

- Ich/wir habe(n) das Informationsblatt „Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular“ gelesen und zur Kenntnis genommen.

IV. Datenschutzerklärung

Die Stadt Wilhelmshaven ist zu Verschwiegenheit und zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen gemäß Datenschutzerklärung für Informationspflichten gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) verpflichtet.

- Die **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) (KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven) habe ich zur Kenntnis genommen, das Widerrufsrecht und daraus resultierende Konsequenzen sind mir bekannt.
- Ich erteile mein Einverständnis zur Verwendung meiner Daten wie in der **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** beschrieben.

V. Tariftreueerklärung (gem. Ziff. 4.11 der Richtlinie)

- Ich / Wir verpflichte/n mich/uns, an das beschäftigte Personal mindestens den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

VI. Folgende Unterlagen sind diesem Antrag als Anlage beigefügt:

- Beschreibung und Begründung des Vorhabens
- Vollmacht
- Detaillierter Geschäftsplan / Businessplan (nur bei Existenzgründer/innen)
- Investitionsgüter-/Ausgabenliste
- Finanzierungsbestätigung
- Darlehensvertrag / -verträge
- Subventionswertbescheinigung
- Handelsregisterauszug
- Gewerbeanmeldung
- Selbsterklärung KMU-Definition (nur wenn bei 1.5 die Frage mit „Ja“ beantwortet wurde)
- Sonstige zusätzliche Unterlagen (z. B. Organigramm, Aufstellung der Gesellschafter o. a.):

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (Antragsteller / Antragstellerin)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)

Der Antragstellerin / dem Antragsteller stehen folgende Informationsblätter, Formulierungs- und Berechnungshilfen zur Verfügung:

- Förderrichtlinie des KMU-Programms der Stadt Wilhelmshaven
- Erläuterungen zum Antragsformular für Investitionsvorhaben (2.1 des KMU-Programms)
- Allgemeine Erläuterungen zur Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Erläuterungen zur Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Definition
- Excel-Berechnungshilfe für Dauervollzeitarbeitsplatzäquivalente (bei Bedarf per Email anfordern)

Informationsblätter und Formulierungshilfen finden Sie auf der Website der Stadt Wilhelmshaven.

Ein Beratungstermin während der Planungsphase, vor Beginn des Vorhabens, wird dringend empfohlen!

Ansprechpartner:

Svenja Becker (Sachbearbeitung)
Tel. 04421 9106-22 / Fax 04421 9106-27
E-Mail svenja.becker@wilhelmshaven.de

Iris Dittrich (Projektleitung)
Tel. 04421 9106-26 / Fax 04421 9106-27
E-Mail iris.dittrich@wilhelmshaven.de

Den Antrag nimmt die

**Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement
Rathausplatz 10 (RATRIUM)
26382 Wilhelmshaven**

entgegen.